

Oberschöneweide ist kein Industriesalon.

Am 1. Mai war der zentrale Platz am Kaisersteg **tot**. Ein politischer Feiertag – und in Oberschöneweide waren keine Menschen zu sehen, die ihren politischen Willen kundgetan hätten. Es scheint, als ob die hier Regierenden keinen Wert legten auf mündige DemokratInnen. In Oberschöneweide zeigt sich wie in einem regionalen Brennpunkt, was an allen Ecken und Enden der Republik immer unübersehbarer wird: unsere Demokratie verfällt.

Die Eliten der Welt rüsten zum Krieg, die Völker trauen sich nicht, Ihnen die Waffen aus der Hand zu reißen. Der Widerstand gegen Macht, Hass und Elend kann nur von unten kommen. Die Marktplätze der Demokratie müssen lebendig werden, um dem Frieden eine Chance zu geben.

Was soll aus Oberschöneweide werden? Ein vor sich hin verrottendes Industriedenkmal – oder ein lebendiger Stadtbezirk, in dem alle DemokratInnen gefragt sind, ihre Lebensverhältnisse mitzubestimmen, mitzudenken und mitzureden?

Wer hat in Oberschöneweide das Sagen? Seltsamerweise sind es nicht die gewählten PolitikerInnen, von denen man außer Reden nichts hört. Es ist Susanne Reumschüssel, die energische Leiterin des Industriesalons, eines kleinen Museums, in dem sie historische Geräte und Fotografien präsentiert. Sie ist die ungewählte Königin des Viertels. In allen Zeitungsberichten – auch in Gesprächen mit PolitikerInnen – wird sie als Vordenkerin und Macherin des Bezirks dargestellt. Alle Wege führen zum Industriesalon.

Was will der Industriesalon? Wie stellt er sich selbst dar?

„Der Industriesalon Schöneweide hat es sich zur Aufgabe gestellt, die bedeutende **Industriekultur** von Schöneweide vor Ort sichtbar zu machen und den Standort damit langfristig zu stärken. Technik, Geschichte, Gespräche, persönliche Erinnerungen und Musik – der Industriesalon ist ein Ort der Begegnung und Vermittlung.“

Dem Salon geht es nur um **Industriekultur**, nicht um humane Lebensqualität, die nicht nur aus Technik und Maloche besteht. Ein Ort der **Begegnung** mit BürgerInnen ist er schon gar nicht. Frau Reumschüssel will nichts als eine touristische Spielwiese für ihren Industriesalon. Mit einem sogenannten „Kunstwerk“ sollen Spree-TouristInnen angelockt werden, denen die verfallenden Reste der Rathenau-Hallen vorgeführt werden. Das unausgesprochene Motto der Führungen: Seht her, wie eindrucksvoll ein ehemaliger Industriekoloss abstirbt und vermodert.

Anstatt den verödeten Platz am Kaisersteg in einen anziehenden Ort der Begegnung zu verwandeln, will Reumschüssel die Mängel des Platzes mit einem nichtssagenden protzigen Kunstwerk überdecken. Wenn Kunst öffentliche Geltung beansprucht, muss sie die Akzeptanz der Öffentlichkeit einholen. Das ist hier nicht der Fall. Über alle Köpfe hinweg wurde ein Entwurf ausgewählt, von dem niemand weiß, ob er den Menschen gefällt. Notwendig wäre eine öffentliche Debatte und eine endgültige Abstimmung der Kiez-Bevölkerung.

Reumschüssel will keine Veränderung der verfallenden Werkhallen. „Das wäre ein Paradigmenwechsel für Oberschöneweide“. Auf Deutsch: eine Gestaltung des Viertels im Dienste der Menschen lehnt sie ab. Es genügt ihr, ein totes Industriemuseum zu verwalten.

Müsste man aber nicht den alten Industriekomplex neu gestalten, um die Wilhelminenhofstraße – die Hauptgeschäftsader des Viertels – neu zu beleben?

Nein, erklärt Reumschüssel und macht die GeschäftsinhaberInnen für die mangelnde Attraktivität der Straße verantwortlich:

„Ein Manko sind die Händler. In der Wilhelminenhofstraße wechseln ständig die Geschäfte. Gegen eine gewisse Aufwertung wäre da nichts einzuwenden. Finden Sie mal ein gutes Restaurant in Oberschöneweide.“

Unfreiwillig gibt sie zu, dass das ganze Viertel für ihre touristischen Interessen nicht in Frage kommt. Wie kann eine Geschäftsstraße Anziehungskraft entwickeln, wenn eine Straßenseite in voller Länge durch tote Hallen abstoßend wirkt?

Einen Abriss der Hallen, damit Investoren neue Luxus-Wohnungen bauen können, lehnt Reumschüssel kategorisch ab. Sie warnt vor „Gentrifizierung“ – also der Ansiedlung von gut Betuchten, die sich von den Schwachen der Gesellschaft abgrenzen.

Was **Luxus**wohnungen betrifft, ist ihr zuzustimmen. Aber nicht, wenn es um Wohnungen überhaupt geht – und um notwendige ökologische Durchlüftung und Durchgrünung des Hallenviertels. Eine attraktive und lebenswerte Umgebung ist keine Gentrifizierung. Dass man bezahlbare Wohnungen für NormalbürgerInnen bauen kann, scheint man in Politikkreisen vergessen zu haben. Auch wäre zu prüfen, ob Gewerbe und Wohnungen unter bestimmten Bedingungen nicht doch vereinbar sind.

Ausgewählte Industriehallen sollte man restaurieren. Die anderen aber müssen abgerissen werden, um Grünflächen, Spielplätze für Kinder und ansprechende Promenadenwege einzurichten. Schon jetzt muss alles getan werden, um zukünftige städtische Klimabelastungen auszugleichen. Die Wuhlheide reicht bei weitem nicht, um das allzu verdichtete Wohnquartier umweltfreundlich zu klimatisieren.

Wir fordern:

- a) die Umgestaltung des Stadtplatzes am Kaisersteg in einen anziehenden politischen Marktplatz, auf dem sich die Menschen treffen, debattieren und politische Feste feiern können.
- b) die Offenlegung der Besitzverhältnisse des Industriekomplexes. Wem gehört was? Welche Pläne liegen in den Schubladen? Werden die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt? Wo finden die notwendigen politischen Gespräche statt?
- c) die Wilhelminenhofstraße muss neu konzipiert werden – und zwar nicht über die Köpfe der BürgerInnen und „Händler“ hinweg.
- d) die Dominanz des Industriesalons muss abgebaut werden. Jeder muss sich beteiligen können am Ideenwettbewerb für ein lebenswertes Viertel der Zukunft. Aber niemand kann sich eine Macht anmaßen, die er nicht durch demokratische Wahl erhalten hat.
- e) die gewählten PolitikerInnen sollten ihrer Pflicht nachkommen, in regelmäßigen Gesprächen mit allen Bürgerinnen und Bürgern ihre Pläne für ein humanes Viertel vorzustellen und zu rechtfertigen.

Wir fordern ein öffentliches Streitgespräch mit den Verantwortlichen des Viertels.

Politischer Marktplatz